

Berufsorientierung stetig verbessern

Wir machen uns weiterhin stark für eine enge Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung und unterstützen nachdrücklich Berufsorientierungsprogramme sowohl für die Schüler:innen der Sekundarstufe I, als auch der Sekundarstufe II. Für einen besseren Erfolg bedarf es weiterer erfolgreicher Maßnahmen und eine noch intensivere und effektivere Verknüpfung der allgemeinbildenden Schulen und der Jugendberufsagentur. Die Oberschulen arbeiten zukünftig verbindlich mit der Jugendberufsagentur, der Kreishandwerkerschaft und der Industrie und Handelskammer (IHK) im Bereich der Berufsfindung der Schüler:innen zusammen und zeigen so die attraktiven Möglichkeiten der dualen und schulischen Berufsausbildung auf. Hierzu müssen vorbereitend intensive Gespräche mit den Kammern geführt werden

Nach wie vor ist es ein Kernanliegen der Bildungspolitik, dass alle Schüler:innen am Ende der Sekundarstufe I passgenaue Übergangsmöglichkeiten erhalten. Ein wichtiger Fokus liegt hier insbesondere bei denjenigen jungen Menschen, die aufgrund ihrer erreichten schulischen Qualifikation nicht unmittelbar einen Ausbildungsberuf erhalten oder denen noch der Zugang zu attraktiven Vollzeitbildungsgängen an den berufsbildenden Schulen versperrt ist. Wir setzen uns weiterhin für die Weiterentwicklung eines Übergangssystems ein, welches nicht nur vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten auf dem Weg in das Berufsleben schafft, sondern das unsere Kinder losgelöst von den bisher erreichten Abschlüssen in den Blick nimmt und sie zur Ausbildungsreife führt.

Der Ausschuss für Schule und Kultur möge beschließen:

1. Der Dezernent wird beauftragt, ein Konzept für die Verbesserung der Bildungsanschlüsse und Abschlüsse mit folgenden Schwerpunkten zu erstellen:
 - Stärkung von Kooperationsprojekten zwischen Oberschulen und Berufsschulen mit dem Ziel vertiefter Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung, ggf. auch durch Kooperationen von Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern
 - Schaffung eines Netzes der Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen durch die Jugendberufsagentur
 - Bedarfsgerechter Ausbau vollzeitschulischer Ausbildungsgänge insbesondere zur Behebung des Fachkräftemangels insbesondere in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Erziehung.
2. Der Magistrat wird beauftragt, dem Ausschuss für Schule und Kultur jährlich über den Fortschritt im Sinne einer verzahnten Berufsorientierung und zur Umsetzung des Konzeptes zu berichten.

Sabrina Czak,
Sönke Allers
und SPD Fraktion

Irene von Twistern,
Thorsten Raschen
und CDU Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hiltz
und FDP Fraktion